

## **Positionspapier des BDKJ Leverkusen zur kommunalen Kinder- und Jugendpolitik**

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend Stadtverband Leverkusen (BDKJ) erkennt die aktuellen finanziellen Herausforderungen der Stadt Leverkusen an. Trotz dieser schwierigen Haushaltslage ist es entscheidend, Lösungen zu finden, die Leverkusen für junge Menschen attraktiv und lebenswert machen. Nur wer in Kinder und Jugendliche investiert, investiert in eine gute Zukunft.

Die hier aufgeführten Forderungen bilden unsere Idealvorstellung von einer realistischen, kinder- und jugendgerechten Stadt. Viele Punkte entspringen nicht nur unserer Wahrnehmung und der unserer Jugendverbände, sondern werden auch durch die kürzlich vorgestellte Jugendbefragung gestützt.

### **Anhebung des Kinder- und Jugendförderplans mit automatischem Inflationsausgleich**

Wir fordern eine substanzielle Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans, gekoppelt an einen automatischen Mechanismus zum Inflationsausgleich. Dies stellt sicher, dass die finanziellen Mittel für Kinder- und Jugendprojekte realistisch bleiben und nicht durch Inflation an Wert verlieren. Eine solche Anpassung ermöglicht eine verlässliche Planung und Qualitätssicherung der Angebote.

### **Verfahren zur Finanzierung der Jugendarbeit mit zeitnaher Auszahlung beantragter Mittel**

Ein transparentes und planbares Finanzierungsverfahren ist essenziell für die erfolgreiche Umsetzung von Jugendarbeitsprojekten. Wir fordern die Einbindung der Träger in die Bewilligung und planbare Auszahlung der Fördermittel in kalkulierbarer Höhe. Dies ermöglicht es den Trägern der Jugendarbeit, ihre Angebote effektiv und ohne finanzielle Unsicherheiten durchzuführen.

### **Nutzung ungenutzter und unkonventioneller Ressourcen für die Jugendarbeit**

Um die Jugendarbeit in Leverkusen effektiv und flexibel zu unterstützen, fordern wir den unbürokratischen Zugang zu Ressourcen der Stadt und ihrer Töchter. Wir fordern die Ermittlung von z. B. ungenutzten Gebäuden, Räumen, Fahrzeugen oder anderer geeigneter Mittel, die Jugendverbänden kurzfristig, kostenfrei und ohne aufwendige Antragsverfahren zur Verfügung gestellt werden können.

Gerade in Zeiten knapper Haushalte braucht es unkonventionelle Lösungen, um das Engagement junger Menschen zu fördern und gute Projekte nicht an unnötigen Hürden scheitern zu lassen.

## Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Förderung nachhaltiger Mobilität

Mobilität bedeutet Freiheit und Teilhabe. ÖPNV ist Daseinsvorsorge, einzelne Linien dürfen daher nicht unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden. Damit junge Menschen in Leverkusen sicher, flexibel und umweltfreundlich unterwegs sein können, fordern wir einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Dazu zählt eine deutliche Taktverdichtung von Bus- und Bahnangeboten, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden und an Wochenenden, sowie ein verbesserter Anschluss an die Straßenbahnlinie 4 durch Verlängerung an bestehende Knotenpunkte.

Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein, daher ist ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für Schüler\*innen unumgänglich.

Darüber hinaus setzen wir uns für ein flächendeckendes, sicheres Radverkehrsnetz mit Fahrradstraßen, grünen Abbiegepfeilen und anderen Erleichterungen für den Radverkehr an Ampeln und ausreichenden sicheren Abstellmöglichkeiten ein.

## Deutliche Erweiterung der Leistungen der NRW-Ehrenamtskarte und der Jugendleiterkarte (Juleica) in Leverkusen

Ehrenamtliches Engagement in Jugendverbandsarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Um dieses Engagement angemessen zu würdigen und fördern, fordern wir eine erhebliche Ausweitung der Vergünstigungen und Leistungen. Die Jugendleiterkarte (Juleica) und die Ehrenamtskarte sollten Engagement gleichwertig würdigen. Dazu müssen in Leverkusen beide Angebote erweitert werden. Diese könnten kostenlose Eintritte oder erweiterte Rabatte in kulturellen und sportlichen Einrichtungen der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften umfassen. Beispielhaft dafür sind: das CaLevornia, Bibliotheken, VHS, Minigolf im Neulandpark und die Anpassung des Ehrenamtstages an einem für Jugend und Arbeitnehmer freundlichen Tag. Zusätzlich sollten Kooperationen mit privaten Anbietern aktiv gesucht werden, beispielsweise Fahrschulen und Vereine.

Die Juleica sollte auch einen vergünstigten Besuch für betreuende Personen mit Kinder- und Jugendgruppen beinhalten, um städtische Angebote im Rahmen von Gruppenstunden oder Ferienaktionen attraktiver zu machen.

## Verbesserung der Bildungsinfrastruktur und Digitalisierung an Schulen

Eine moderne und gut ausgestattete Bildungsinfrastruktur ist die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft von Kindern und Jugendlichen. Wir fordern daher Investitionen in die Sanierung und den Ausbau von Schulen sowie in die Digitalisierung des Unterrichts. Dies umfasst sowohl die Ausstattung der Schulen mit moderner Technik als auch die Schulung des Lehrpersonals im Umgang mit digitalen Medien.

Dabei ist die Beteiligung von Lehrkräften und Schüler\*innen (beispielsweise über die Schüler\*innenvertretung oder den Kinder- und Jugendstadtrat) entscheidend, denn diese wissen am besten, was ihnen für einen funktionierenden digitalen Unterricht und eine gut ausgestattete Schule fehlt.

## Förderung der politischen Bildung und Partizipation von Jugendlichen

Um die demokratische Bildung und Teilhabe junger Menschen zu stärken, ist es notwendig, Angebote auszubauen. Besonderen Wert legen wir auf niedrigschwellige Angebote, um auch Jugendliche aus weniger gut situierten Verhältnissen gezielt zu erreichen und ihnen eine aktive Mitgestaltung zu ermöglichen. Die aktive Beteiligung junger Menschen an kommunalen Entscheidungsprozessen ist essenziell für eine lebendige Demokratie.

Wir fordern daher die Beibehaltung und Verstärkung bestehender Beteiligungsformate wie der U18-Wahl und des Jugendstadtrats, sowie die Bildung eines Jugendbeirates vergleichbar zum "Behindertenbeirat" auf Ebene der Bezirksvertretung. Dabei ist es wichtig, nicht-staatliche Akteure wie Jugendverbände einzubeziehen, um eine breite und repräsentative Beteiligung sicherzustellen. Teil der niedrigschwelligen Angebote ist auch die regelmäßige Durchführung der Jugendbefragung durch die Stadt Leverkusen.

## Schaffung von Freiräumen für Jugendliche im öffentlichen Raum

Während für Kinder vielerorts Spielplätze vorhanden sind, fehlt es Jugendlichen oft an geeigneten Freiräumen zur selbstbestimmten Freizeitgestaltung. Wir fordern die Schaffung und Aufwertung von öffentlichen Aufenthalts- und Begegnungsorten speziell für Jugendliche - wohnortnah, sicher und frei zugänglich ohne Konsumzwang. Beispielhaft sind hier legale Freiflächen für Graffiti-Kunst und Skateanlagen zu nennen.

Dabei sollen Jugendliche niedrigschwellig und ernsthaft in die Planung und Gestaltung dieser Orte eingebunden werden. Öffentliche Freiräume sind ein wichtiger Bestandteil von Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung und sozialer Verantwortung.

## Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut

In Leverkusen lebt mehr als jedes fünfte Kind unter 15 Jahren in Armut - in manchen Stadtteilen sogar jedes zweite. Diese Ungerechtigkeit gefährdet nicht nur die Zukunftschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen, sondern schwächt auch unsere Stadtgesellschaft.

Wir fordern deshalb gezielte kommunale Programme zur Unterstützung einkommensschwacher Familien: kostenfreie Kita- und Betreuungsangebote, gesunde Schulverpflegung für alle, kostenlose Lern- und Freizeitangebote sowie eine offensive Strategie für soziale Integration in belasteten Stadtteilen. Außerdem soll die Kostenübernahme für Ferienfreizeiten fortgesetzt und ausgebaut werden. Keine Sparpolitik darf auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen werden.

## Förderung bezahlbaren Wohnraums für junge Menschen und Familien

Bezahlbarer Wohnraum ist ein zentrales Anliegen für viele junge Menschen und Familien in Leverkusen. Wir fordern daher verstärkte Anstrengungen der Stadt, um den Bau und die Bereitstellung von preisgünstigen Wohnungen zu fördern. Dies könnte durch die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften, die Bereitstellung städtischer Grundstücke zu fairen Konditionen oder durch Kooperationen mit privaten Investoren erfolgen.